

# Die Angst vor den palästinensischen Mitbürgern treibt die Wut der israelischen Rechten an

Amjad Iraqi, 972mag.com, 27.12.19

**Die palästinensischen Bürger Israels verstärken ihren Kampf um Gleichberechtigung. Die Rechte hat im letzten Jahrzehnt alles getan, um sie zu stoppen.**

Als die Knesset am 19. Juli 2018 das jüdische Nationengesetz verabschiedete, gab es eine Welle der Besorgnis um die palästinensisch-arabischen Bürger Israels, die mit 1,8 Millionen Menschen ein Fünftel der Bevölkerung des Staates ausmachen. Das vorherrschende Narrativ war, dass das neue Basisgesetz, das als verfassungsmäßiger Anker für das israelische Rechtssystem dienen wird, „Nicht-Juden offiziell zu Bürgern zweiter Klasse machen“ würde.

**Das Gesetz ist wohl kaum der Beginn eines legalisierten Rassismus in Israel - palästinensische BürgerInnen kennen seit 1948 Militärregierung, Landenteignung und viele weitere diskriminierende Maßnahmen**

Auch große Teile der Community schenken diesem Narrativ Glauben. Drusische Bürger, die in die israelische Armee eingezogen werden, prangerten es als „Verrat“ der Regierung an ihrer Loyalität zum Staat an. Die arabische Führung in Israel, einschließlich der *Gemeinsamen Liste*, des *High Follow-Up Committee* und der zivilgesellschaftlichen Organisationen, setzte sich öffentlich für die Aufhebung des Gesetzes ein.

Das jüdische Nationengesetz ist das Kronjuwel des jahrzehntelangen Machtstrebens der israelischen Rechten. Nachdem der revisionistische Zionismus in den israelischen Mainstream getragen wurde und gleichgesinnte globale Verbündete zur Unterstützung seiner Mission gefunden hat, sieht das rechte Establishment nicht länger die Notwendigkeit, die demokratischen Ansprüche der zionistischen Linken gegenüber ihren „Minderheits“-Bürgern aufrechtzuerhalten: Die jüdische Vorherrschaft ist jetzt das eindeutige und kompromisslose Gesetz des Landes. Dies ist wohl kaum der Beginn eines legalisierten Rassismus in Israel - palästinensische Bürgerinnen und Bürger kennen seit 1948 Militärregierung, Landenteignung, ungerechte Haushaltsführung und viele weitere diskriminierende Maßnahmen - aber die Gefahren, die es vorausahnen lässt, sind nicht weniger schwerwiegend.

**Das letzte Jahrzehnt war für die palästinensischen Bürgerinnen und Bürger geprägt von den ungezügeltten Angriffen der israelischen Rechten auf ihre Bürgerrechte. Doch diese Angriffe spiegeln nicht nur die Stärke der Rechten wider; sie decken eher ihre größte Schwäche auf.** Während die Ambitionen der Rechten weitgehend von ihrem zwanghaften Wunsch angetrieben werden, ein „Groß-Israel“ vom Jordan bis zum Meer zu errichten, definiert sie sich ironischerweise auch zutiefst durch ihre unüberwindliche Angst vor den Palästinensern, die an der israelischen Staatsbürgerschaft teilhaben und innerhalb der Staatsgrenzen von 1948 leben.

Diese Angst, die die zionistische Linke ebenso wie die Rechte plagt, hat die israelische Politik und Gesetzgebung in den letzten Jahren verzehrt. In den 1990er Jahren erlebten die palästinensischen Bürger Israels eine politische, soziale und kulturelle Wiederbelebung, um ihre Stimme im Rahmen des Osloer Abkommen geltend zu machen. Während viele von der damaligen hoffnungsvollen Atmosphäre mitgerissen wurden, waren sie auch besorgt, dass ein Zwei-Staaten-Abkommen, worüber eine jüdisch-israelische Regierung und eine auf das Westjordanland und den Gazastreifen

konzentrierte palästinensische Führung verhandelten, ihre eigene Existenz marginalisieren, wenn nicht gar gefährden könnte.

**Die Israelis waren entsetzt. „Gleichheit“ bedeutete für sie der Untergang des jüdischen Staates und die Abrechnung mit ihrer kolonialen Vergangenheit**

Indem sie israelische und internationale Institutionen in ihrem Sinne nutzten, begannen die palästinensischen Bürger kleine, aber signifikante Fortschritte bei der Einforderung ihrer Rechte als „nationale Minderheit“ zu machen. Selbst nach den traumatischen Ereignissen vom Oktober 2000, als die Polizei in Israel 13 Palästinenser tötete und es bei den Protesten der Zweiten *Intifada* noch Hunderte Verletzte gab, legte die palästinensische Gemeinde 2006 eine „Zukunftsvision“ einschließlich eines Verfassungsentwurfs vor, um eine Vorstellung von einem gemeinsamen Staat (neben einem palästinensischen Staat) zu bekommen, der auf Gleichheit und Selbstbestimmung für beide Völker basiert.

Die Israelis waren entsetzt. „Gleichheit“ bedeutete für sie der Untergang des jüdischen Staates und die Abrechnung mit ihrer kolonialen Vergangenheit. Und so wurden, als die von Netanjahu geführte Regierung 2009 an die Macht kam, die palästinensischen Bürger sofort ins Fadenkreuz genommen. In der Folge wurde eine Reihe von Gesetzen erlassen, um viele von den Fortschritten der palästinensischen Gemeinschaft rückgängig zu machen und sicherzustellen, dass ihre Unterwerfung rechtlich und nicht nur politisch festgeschrieben wurde.

**Das Ausmaß der Regierungskampagne war beispiellos. Als mehr arabische Familien versuchten, Häuser außerhalb ihrer überfüllten Städte zu kaufen, wurden die Zulassungskommissionen dazu bevollmächtigt, dies mit der Begründung abzulehnen, dass die Familien nicht in das „soziale und kulturelle Gefüge“ der Dörfer passten. Als Studenten Mahnwachen zum Gedenken an die *Nakba* auf dem Campus organisierten, drohte man den Universitäten mit Mittelkürzungen, wenn sie die Veranstaltungen zuließen. Als palästinensische Aktivisten zum Boykott von Institutionen aufriefen, die an der Besatzung beteiligt waren, wurden Israelis aufgefordert, sie vor Gericht zu verklagen. Und die Liste wird immer länger.**

Die letzten 10 Jahre haben also die palästinensischen Bürger in eine paradoxe Lage gebracht. Einerseits war die Gemeinschaft noch nie so stark wie heute. Sie genießen einen besseren Lebensstandard, Zugang zu höherer Bildung und globale Kommunikationstechnologien. Sie sind politisch bewusster, mit ihren palästinensischen Schwestern und Brüdern vernetzt und setzen sich für ihre nationale Geschichte und Kultur ein. Und doch befinden sich die palästinensischen BürgerInnen auch an einem ihrer schwächsten Punkte der jüngsten Vergangenheit. Sie sind von lokaler Gewalt geplagt, frustriert durch unterfinanzierte Dienstleistungen und ermüdet vom täglichen Rassismus. Die Zahl der Häuserzerstörungen steigt, Bürgerrechte schrumpfen und es gibt keinen politischen Konsens darüber, wie man all dem kontern sollte.

Inmitten dieser beängstigenden Realitäten und einer Ernüchterung über die alten Wege der „Minderheitenpolitik“ entstehen unter den palästinensischen StaatsbürgerInnen Israels neue Formen der Führung und des Widerstands. Der von Jugendlichen angeführte Graswurzel-Aktivismus, unterstützt durch das Zeitalter der sozialen Medien, rückt den Platz der Gemeinschaft innerhalb der breiteren palästinensischen Sache wieder in den Mittelpunkt. Diesen Aktivismus konnte man 2013 gegen den *Prager*-Plan beobachten, bei den Protesten gegen die Regierungskampagne zur gewaltsamen Vertreibung tausender Beduinen im Negev (eine Kampagne, die bis heute andauert). Er zeigte sich während der Operation *Protective Edge* (Operation Schutzschild) im Jahr 2014, bei der sich die Demonstranten, die zur

Unterstützung der Menschen von Gaza kamen, mit der repressiven israelischen Polizei konfrontiert sahen. Und er manifestierte sich 2019 mit *Tal'at*, der bahnbrechenden Frauenbewegung, die gegen patriarchale und koloniale Gewalt kämpft.

Die Ein-Staat-Realität wirft neue Fragen für den Kampf gegen ein sich verfestigendes Apartheid-Regime auf

Auch die politischen Eliten organisieren sich neu. Nach Jahren der Zersplitterung hat die *Gemeinsame Liste* das *High Follow-Up Committee* als nationales politisches Gremium abgelöst, das die verschiedenen Fraktionen der Gemeinschaft unter einem einheitlichen, demokratisch gewählten Dach vertritt. Die Liste ist jetzt eine wichtige politische Adresse für lokale Wähler, ausländische Würdenträger und sogar israelische Behörden, um sich mit den Anliegen der Gemeinschaft auseinanderzusetzen.

Mit ihrer umstrittenen Entscheidung im September, Benny Gantz als Premierminister zu empfehlen, hat die Liste ihre Bereitschaft gezeigt, politische Tabus zu brechen, um dem Status quo entgegenzuwirken. Und sie hat der Welt gezeigt, dass es in Israel nur ein wirklich demokratisches, besatzungsfeindliches Lager gibt und dass dieses von Palästinensern angeführt wird.

Diese beiden Führungsströme, die häufig im Clinch liegen, stoßen auf zahlreiche Probleme und Hindernisse. Die gesellschaftspolitischen Differenzen zwischen den palästinensischen Gemeinden im Norden, Zentrum und Süden zersplittern ihre kollektive Mobilisierung. ideologische Kämpfe und Persönlichkeitsstreitigkeiten innerhalb der *Gemeinsamen Liste* trüben ihre strategische Wirkung. Bewaffnete Gewalttätigkeit ist die vorherrschende Sorge der Gemeinschaft, verschärft durch das historisch bedingte Misstrauen gegenüber der Polizei und durch die gesellschaftliche Straflosigkeit der Täter. Die Zersplitterung der palästinensischen Nationalbewegung hat die politische Richtung der Gemeinschaft durcheinander gebracht. Die Ein-Staat-Realität wirft neue Fragen für den Kampf gegen ein sich verfestigendes Apartheid-Regime auf.

Trotz dieser großen Schwierigkeiten setzen sich palästinensische Bürger im Kampf gegen die sich verschlechternde Politik in Israel als zentrale Größen durch. Und auch wenn diese Entwicklung äußerst wichtig ist, sollte sich niemand zu der Annahme verleiten lassen, dass die Probleme der Gemeinschaft ausschließlich mit der Rechten zu tun hätten. Die Grundsteine für das jüdische Nationengesetz wurden wie alle anderen israelischen Gesetze und Politiken davor von der zionistischen Linken gelegt, lange bevor Netanjahu an die Macht kam. Die palästinensischen Bürger Israels sind vielleicht besser dran als frühere Generationen, aber sie wissen so gut wie ihre Vorgänger, dass es keine Rolle spielt, ob sie blaue Ausweise haben, Hebräisch sprechen, sich wirtschaftlich integrieren oder an Wahlen teilnehmen: In einem „jüdischen Staat“ werden sie immer Bürger zweiter Klasse sein. Um das zu erfahren, war nicht noch ein rassistisches Gesetz nötig - aber immerhin hat es die Gerechtigkeit ihrer Sache noch deutlicher gemacht.

*Amjad Iraqi ist Redakteur und Autor beim +972 Magazin. Er ist außerdem politischer Analyst bei Al-Shabaka und war zuvor als Interessenkoordinator bei Adalah tätig (unabhängige Menschenrechtsorganisation für die arabische Minderheit in Israel). Er ist palästinensischer Staatsbürger Israels und lebt derzeit in Haifa.*

Übersetzung: R. Häberle, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle: <https://www.972mag.com/right-wing-fear-palestinian-citizens/>